

Presseinformation – 23. März 2026

## **Kfz-Gewerbe Bayern: Reparieren statt wegwerfen – klare Linie im Austausch mit Bayerns Umweltministerium**

**München. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat sich mit Günter Friedl, Präsident und Landesinnungsmeister des Kraftfahrzeuggewerbes Bayern, über zentrale Zukunftsthemen für Werkstätten und Tankstellenbetriebe ausgetauscht. Im Mittelpunkt standen die Reparierbarkeit moderner Fahrzeuge, der Zugang zu Fahrzeugdaten, die geplante EU-Altfahrzeugverordnung sowie Fragen der Versorgungssicherheit und des Bürokratieabbaus.**

Ein klares Signal setzte das Kfz-Gewerbe beim Thema Elektromobilität: Traktionsbatterien müssen so konstruiert sein, dass sie auch auf Zellebene repariert werden können und nicht nur als komplettes System austauschbar sind. Nur so lassen sich Kosten begrenzen und Ressourcen schonen. „Nachhaltigkeit heißt für uns: reparieren statt wegwerfen. Wenn ganze Batteriesysteme ersetzt werden müssen, obwohl einzelne Komponenten reparierbar wären, ist das weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll“, so Friedl. „Wir brauchen hier praktikable Regeln, damit Reparaturen künftig möglich und bezahlbar sind – auch mit Blick auf den Gebrauchtwagenmarkt.“ Staatsminister Glauber unterstrich zudem, dass Kosten und Austausch von Batterien in einem angemessenen Verhältnis zum Fahrzeugwert stehen müssen.

Ebenso deutlich wurde die Forderung nach einem fairen Zugang zu Fahrzeugdaten. Ohne diskriminierungsfreien Zugriff auf OBD-Schnittstellen können unabhängige Werkstätten ihre Arbeit nicht mehr im Wettbewerb leisten. In der Praxis ist der Zugang zu diesen Daten jedoch häufig eingeschränkt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die geplante EU-Altfahrzeugverordnung. Das Ziel, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und illegale Exporte einzudämmen, wird ausdrücklich unterstützt. „Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass die vorgesehenen Kriterien klar und nachvollziehbar angewendet werden und die fachliche Kompetenz der Betriebe angemessen berücksichtigt wird. Unsere Werkstätten beurteilen tagtäglich zuverlässig den Zustand von Fahrzeugen. Auch wenn vergleichbare Qualifikationsstrukturen nicht in allen EU-Mitgliedstaaten bestehen, sollten Spielräume bei der nationalen Umsetzung genutzt werden, um umsetzbare Lösungen zu ermöglichen. Würde die Bewertung stattdessen externen Stellen übertragen, entstünden zusätzliche Gutachtenpflichten, die Reparaturen unnötig verteuern und damit auch die Bezahlbarkeit für die Kundinnen und Kunden beeinträchtigen. Mobilität muss für die Menschen schließlich bezahlbar bleiben. Am Ende muss der Fahrzeughalter entscheiden können, ob er repariert oder in ein Neufahrzeug investiert“, sagte Friedl.

Staatsminister Thorsten Glauber betonte im Gespräch die Bedeutung praktikabler Regelungen: „Regulierung muss in der Praxis funktionieren. Entscheidend ist, dass die Umsetzung bürgernah bleibt und unnötige Bürokratie vermieden wird.“

Auch Fragen der Versorgungssicherheit wurden angesprochen. Aus Sicht des Tankstellengewerbes Bayern, dessen Vorsitzender Friedl ebenfalls ist, könnten bereits vergleichsweise einfache Notstromlösungen dazu beitragen, im Falle größerer Stromausfälle eine grundlegende Kraftstoffversorgung sicherzustellen. „Tankstellen sind Teil der kritischen Infrastruktur. Mit überschaubarem Aufwand ließe sich an ausgewählten Standorten eine Notversorgung sicherstellen, etwa für Einsatzkräfte oder wichtige Versorgungsfahrzeuge“, erklärte Friedl.

In diesem Zusammenhang wurde auch die derzeitige Auslegung der Ladenschlussvorschriften durch Spätverkaufsstellen thematisiert. Aus Sicht des Tankstellengewerbes führen unterschiedliche Vollzugspraxen beim Ladenschluss teilweise zu Wettbewerbsverzerrungen, da einzelne Anbieter ihre Verkaufszeiten deutlich großzügiger auslegen als gesetzlich vorgesehen. „Es geht uns um Rechtsklarheit und Vollzugsgleichheit. Unsere Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Hinzu kommt, dass einzelne Spätverkaufsstellen auch Waren vertreiben, die gegen jugendschutzrechtliche Vorschriften verstoßen“, betonte Friedl.

Das Fazit des Gesprächs: Die Herausforderungen sind groß und Lösungen gelingen nur gemeinsam. Beide Seiten waren sich einig, dass die Themen für Betriebe, Verbraucher und Versorgungssicherheit gleichermaßen entscheidend sind. Der Austausch soll daher fortgesetzt und weiter vertieft werden.